**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische

Militärzeitschrift

**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft

**Band:** 161 (1995)

**Heft:** 7-8

Artikel: Mehr Sicherheit in der Europäischen Union von morgen?

Autor: Chenaux-Repond, Dieter

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-63809

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 01.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

# Mehr Sicherheit in der Europäischen Union von morgen?

Es ist eine Binsenwahrheit, dass die Europäische Union Mühe bekundet, ihre Zukunft zu definieren. Zwar war das Ziel einer sich allmählich formierenden politischen Gemeinschaft schon in den Römer EWG-Verträgen von 1958 angelegt. Allein, indem der Abstand zum Zweiten Weltkrieg wächst -50 Jahre Friede hat es in der europäischen Geschichte nicht oft gegeben erst recht seit der Auflösung der Sowjetunion und dem Rückzug Russlands auf historische Grenzen haben sich die Neigungen in Zentral- und Westeuropa verstärkt, zur altgewohnten Nationalstaatlichkeit zurückzukehren - das heisst zu jener Ordnung, die zwei Weltkriege hervor- und Europa um seine Weltgeltung gebracht haben. Die Entwicklung der EWG, der ursprünglich sechs Länder angehörten, zur EU von 15 Staaten – mit mehreren weiteren, die ihre Mitgliedschaft angemeldet haben hat das Ihre zu einer wachsenden Ori-

Hinzu tritt ein ebenso merkwürdiges wie hartnäckiges Phänomen: Zwar sind sich die meisten darin einig, eine Europäische Gemeinschaft solle sich vor allem der dringendsten Gebote - einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik - annehmen und den berühmten «Krümmungswinkel der Salzgurke», wenn überhaupt, Sorge einzelstaatlicher Gesetzgebung bleiben lassen. Und doch betrachten die einzelnen Staaten die Verteidigung gewissermassen als das Herzstück ihrer Souveränität, von dem sie zuallerletzt zu lassen gewillt sind. Frankreich hat sich hier stets als besonders empfindlich erwiesen und schon 1954 die Europäische Verteidigungsgemeinschaft scheitern lassen, bis General de Gaulle sein Land gar aus den militärischen Strukturen der NATO zurückzog. Aber auch wir Schweizer sind Gefangene desselben

entierungslosigkeit beigetragen.

Widerspruchs: Dieselben, die der EU – aber auch der UNO - Ineffizienz und Beschäftigung mit Unwesentlichem vorwerfen, empören sich bei dem Gedanken, die EU könnte und sollte sich auf die Vergemeinschaftung staatlicher Kerntätigkeit konzentrieren, also auf Sicherheit und Verteidigung, Aussenund Währungspolitik. Deshalb ist jedem gestattet, unter «Vertiefung» das zu verstehen, was er will. Für Frankreich bedeutet dies mehr Zusammenarbeit auf allen möglichen Gebieten, für Grossbritannien nicht viel mehr als umfassenden Freihandel, für Deutschland und die Benelux-Staaten dagegen echte Integration, das heisst schrittweise Souveränitätshingabe an die Gemeinschaft unter Wahrung von Föderalismus und Subsidiaritätsprinzip. Im Grunde entspricht dies dem schweizerischen Staatsmodell, was unser Abseitsstehen nicht unbedingt einleuchten lässt. Da sich aber Begriffe wie Zusammenarbeit und Integration rechtstheoretisch gegenseitig ausschliessen, ist Europa von einem permanenten «Sängerstreit» ergriffen.

Regieren heisst Riskieren in vernünftigen Grenzen. Zur Legitimation des Risikos sind in erster Linie Wahlen da.

Muss das sein? 1996 tritt die grosse institutionelle Reformkonferenz zusammen. Auf ihr wollen sich die 15 Mitgliedstaaten einig werden über den Charakter der anzustrebenden Vertiefung wie über das Mass an erträglicher Erweiterung der EU. Es wäre anmassend anzunehmen, die Union werde



Dieter Chenaux-Repond, Botschafter, Dr. iur., Schweizerische Botschaft Gotenstrasse 156, D-53175 Bonn, Bundesrepublik Deutschland

an dieser doppelten Aufgabe scheitern. Allen Unkenrufen zum Trotz - auch helvetischen - ist der europäische Integrationsprozess in bald 40 Jahren nie zum Stillstand gekommen. Die allermeisten Beteiligten sind sich darin einig, dass, ohne eine - wie auch immer geartete – Verwesentlichung «Kerneuropas» eine erhebliche Erweiterung den europäischen Einigungsprozess in gefährlicher Weise verdünnen müsste gefährlich, weil er die Stärksten (lies: Deutschland) in jene gerade von der deutschen Regierung nicht gewünschte Handlungsfreiheit entlassen könnte, die den europäischen Nationalismus in den Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs kennzeichnete und die bekannten verheerenden Ergebnisse hervorgebracht hat.

Diese Zusammenhänge müssen jeden vernünftigen Europäer auf den Pfad der Vergemeinschaftung im wesentlichen zurückführen, also zur Si-cherheits-, Aussen- und Währungspolitik. Da es sich hier aber, wie eingangs erwähnt, um die alten Attribute der «Kernsouveränität» handelt - ganz unabhängig davon, ob diese Souveränität eine echte oder eine bloss eingebildete ist - liegt der Gedanke nahe, den alten Streit um Bundesstaat und Staatenbund (oder Gemeinschaft gegen Zusammenarbeit) ruhen zu lassen durch Schaffung gemeinschaftlicher Erfahrung. Man könnte zum Beispiel das Sekretariat des EU-Ministerrats - eine Gemeinschaftsbehörde - verstärken, indem dieses sich mit gemeinschaftlicher Sicherheit befasst. Im Lauf einiger Jahre wird damit ein Grad von gegenseitigem Zutrauen geschaffen, der seinerseits die klassische Zusammenarbeit aus- und die Vergemeinschaftung einläutet. So entsteht das, was man in den USA, in Deutschland und in der Schweiz Bundestreue nennt, ein um sich greifendes Gefühl der «Bringschuld». Also etwas ganz anderes als flächendeckende Verordnungen der EU-Kommission. Richtlinien statt Verordnungen.

Es gibt in der EU, zumal in Deutschland, starke Kräfte, die in diese Richtung zielen. Der Gedanke eines Kerneuropa ist dabei ganz natürlich vorgegeben. Das ist ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeit (hin zur Verwirklichung und Anreicherung des «acquis communautaire»), nicht ein Europa «à géométrie variable» oder «à

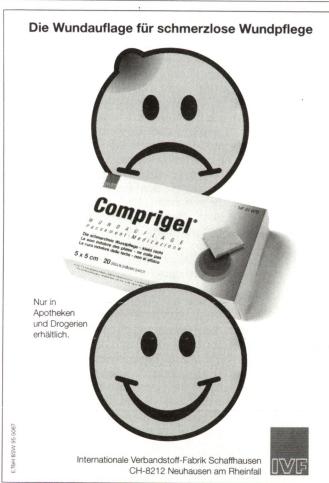
la carte». Letzteres bedeutete das Ende der Gemeinschaft überhaupt.

Die Schweiz ist gut beraten, wenn sie den nächstes Jahr einsetzenden institutionellen Reformprozess der EU aufmerksam verfolgt und dabei ein Mehr, nicht ein Weniger an Gemeinschaft erhofft. Sollte es dazu kommen und es der EU gelingen, sich der gemeinschaftlichen Sicherheits- und Aussenpolitik anzunehmen, so sähe sich auch unser Land veranlasst, über Verteidigung und Neutralität gründlich und unvoreingenommen erneut nachzudenken. Dass

dabei die Zustimmung des Volkes nicht permanent, vielmehr am Ende der grossen Etappen des Einigungsprozesses zu suchen ist, darf nicht verschwiegen werden. Regieren heisst Riskieren in vernünftigen Grenzen. Zur Legitimation des Risikos sind in erster Linie Wahlen da.

Uner ans. Re -

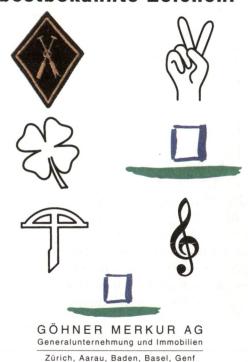
Dieter Chenaux-Repond







# Für viele Werte gibt es bestbekannte Zeichen.



Zuricii, Aarau, Dadeii, Dasei, Geiii

Wir bauen Zukunft und pflegen Werte.

Hauptsitz: Freiestr. 204, 8032 Zürich, Telefon 01/384 84 84, Fax 01/382 04 33



auch für Personalanzeigen